

# „Die Giche“

## Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Abonnementspreis pro Monat:  
100 Mk. Grundpreis mal Schlüssel-  
zahl des Postzeitungspreisl. Gr. 1.

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Barchhoff, Ulm a. D., Postfach 47, Telefon 1442.  
Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren:  
Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Orfisswalder Straße 222.  
Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Orfisswalderstr. 222.  
Postfachkonto 29 221 beim Postamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen, die sechsfach gespaltene Zeile  
100000, Arbeitsmarkt 50000 M.  
Anzeigen von Ortsvereinen 30000 M.

### Die Folgen der Geldentwertung.

Die Folgen der Geldentwertung werden immer furchtbarer. Das deutsche Staats- und Wirtschaftsleben steht vor schweren Erschütterungen, wenn es nicht bald gelingt, unsere Verhältnisse zu verbessern. Die Preise für alle Bedarfsartikel steigen täglich und zudem so gewaltig, daß die Löhne dieser Entwicklung kaum noch folgen können. Die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Beamten müssen alle Kräfte aufbieten, um einigermaßen einen Ausgleich für die Geldentwertung zu schaffen. Dabei droht die Katastrophe der Mark auch zu einer Katastrophe für unser Wirtschaftsleben zu werden. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Betriebseinschränkungen und Betriebsstilllegungen werden häufiger. Eine Verständigung über die Ruhrfrage ist noch nicht erzielt, obwohl die neue deutsche Regierung nichts unversucht läßt, um zu einer Lösung zu kommen, die für uns noch erträglich. Der Dollar steigt, die Papiermark sinkt weiter. Und immer schlimmer werden die Folgen der Geldentwertung. Auch für die Organisationen. Ein Blick in die Gewerkschaftspresse zeigt, daß jede Organisation hart ringt um die Existenz. Selbst die größte Organisation, der Deutsche Metallarbeiterverband, richtet an seine Mitglieder eine ernste Mahnung. Der Vorstand dieses Verbandes hat in seiner Sitzung vom 24. August beschlossen:

1. Sämtliche Mitglieder des Verbandes haben in der 36. Beitragswoche, beginnend mit dem 2. September d. Js., einen Extrabeitrag zu leisten in der Höhe des Beitrages, der in der gleichen (36.) Woche als laufender Beitrag zu leisten ist.
2. Etwa rückständige Beiträge sind künftig zu bezahlen mit dem Beitrag derjenigen Woche, in den diese rückständige Beiträge beglichen werden. Es ist unzulässig, restierende Beiträge in späteren Wochen mit der niedrigeren Geldsumme zu bezahlen, die Geltung hatte in der Woche, in der ordnungsmäßig der Beitrag fällig war.
3. Bei Anrechnung von Unterstufungen wird jede Woche der Beitrag in Anrechnung gebracht, der bei ordnungsmäßiger Beitragszahlung für die einzelne Woche Geltung hatte.

Zu Punkt 2 dieses Beschlusses schrieb die Metallarbeiterzeitung:

Der andauernde Sturz der Mark ruft Umwälzungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens hervor, deren Auswirkung längst nicht voll in Erscheinung getreten ist. Eine Teuerungswelle nach der anderen rast über uns dahin. Die Notenpresse muß trotz der neuen Steuern, die viel zu spät beschlossen worden sind, und naturgemäß erst nach einiger Zeit wirken können, immer rascher arbeiten, um dem ungeheuren gesteigerten Bedarf an Zahlungsmitteln zu genügen. Die durch die Geldentwertung auf den Renten-, Lohn- und Gehaltsempfängern lastende Inflationssteuer wirkt mit aller Wucht weiter und nötigt die Lohn- und Gehaltsempfänger, zu Lohnforderungen in einem Ausmaße, die ein abermaliges Emporschnellen der Preise aller Bedarfsartikel zur Folge haben muß. Trotzdem die Arbeiter das wissen müssen sie ihre Lohnansprüche geltend machen.

Die bessere Anpassung der Löhne an die Teuerung hat nun mit der Gestaltung der gesamten Weltwirtschaft und besonders der außenpolitischen Lage bereits zu einer Verflechtung unserer Wirtschaft geführt, die sich zu einer regelrechten Wirtschaftskrise auszuwachsen droht. Schon kündigen die Unternehmer einzelner Wirtschaftszweige Betriebseinschränkungen an. Mag das auch im einzelnen übertrieben sein, sicher ist, daß da und dort ernste wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten vorhanden sind. Das zeigen allein schon die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter, Konsumgenossenschaften, Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, die nicht nur darauf Bedacht nehmen müssen, ihre Einnahmen mit den Ausgaben im Gleichgewicht zu halten, sondern auch die riesigen Mittel beschaffen müssen, um den Einkauf verteuerter Waren und Rohstoffe für ihre Betriebe betätigen zu können. Ein rascher Geldumschlag ist für alle diese Unternehmungen Lebensbedingung.

In der gleichen Lage befinden sich die Gewerkschaften. Die Erhebung fester für eine längere Zeit geltender Beiträge mußte aufgegeben und zur Einziehung eines Stundenverdienstes geschritten werden. Auch in unserem Verband der Fall. Steigt der Stundenlohn bzw. Stundenverdienst von Woche zu Woche, wie es jetzt der Fall ist, so sind die Mitglieder zur Leistung eines höheren

Beitrages von Woche zu Woche verpflichtet. Sie dürfen vor allem mit der Beitragszahlung nicht eine Woche zurückbleiben, weil das sowohl für den Verband als auch für sie persönlich von großem Nachteil ist. Der Verband muß um seiner Mitglieder willen darauf Bedacht nehmen, daß er nicht nur durch Erhebung eines geringeren Wochenbeitrages als des in der betreffenden Woche geltenden Stundenverdienstes in eine ungesunde Finanzpolitik hineingerät, in eine Finanzpolitik, die etwa der des Reiches und der Länder gleichen würde, die seit Jahren die Steuern — ausgenommen die Lohnsteuer — in entwerteter Papiermark erhoben haben, den Verwaltungsaufwand aber nach den tatsächlichen hohen Preisen bestreiten mußten. Wohin eine solche Finanzpolitik führt, das zeigt der Zustand des Reiches in erschreckendem Maße. Vor einer solchen Mißwirtschaft müssen sich die Gewerkschaften hüten. Würde ein Teil unserer Mitglieder mit ihren Verbandsbeiträgen im Rückstande bleiben, sie erst später, nachdem sie höhere Stundenlöhne erhalten haben, in inzwischen weiter entwerteter Papiermark und oben drein nur in Höhe des früheren Beitragsfahes nachzahlen, so müßte das in Kürze zu einer Verminderung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes führen.“

Wohlthätig wie hier äußern sich andere. Auch für uns kann es nichts anderes geben, als daß die Beiträge nach dem Stundenverdienst zu bezahlen sind. In jedem Ortsverein muß darauf geachtet werden. Diese Beiträge müssen pünktlich bezahlt und wöchentlich einliefert werden. Das einlieferte Geld ist jede Woche pünktlich einzulösen. Die Vorsitzenden in den einzelnen Ortsvereinen sind verpflichtet, allwöchentlich nachzuprüfen, ob die Beiträge auch nach den Stundenlöhnen bezahlt worden sind und der Kassierer auch das Geld richtig abgesandt hat. Jede Verzögerung bedeutet eine gewaltige Schädigung der Organisation, denn mit entwertetem Gelde kann man nur noch die Hälfte, ein Drittel oder ein Viertel von dem bezahlen, was man sonst damit begleichen konnte. Darum muß überall der Beschluß unseres Hauptvorstandes vom 28. August 1923 beachtet werden, der, wie schon in letzter Nummer der „Giche“ bekannt gegeben, lautet:

1. Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu entrichten, der seinem Stundenverdienst entspricht.
2. Wendet sich wöchentlich der Lohn, so ändert sich automatisch auch wöchentlich der Beitrag.
3. Der Wochenbeitrag muß pünktlich bezahlt werden.
4. Wo irgend möglich, muß der Wochenbeitrag am Lohnzahlungstag einliefert werden.
5. Restierende Beiträge müssen in Höhe des Beitrages bezahlt werden, der am Tage der Zahlung im Ortsverein gilt.
6. Die einlieferten Gelder der Hauptklasse sind wöchentlich abzuliefern und an die Hauptkasse einzulösen.
7. Die Lokalkassengelder sind wertbeständig anzulegen.
8. Mit Abschluß-, Kontrollstreifen und Quittungsmarkieren ist die äußerste Sparsamkeit zu üben.

### Wirtschaftskrise und Lohnverhandlungen.

Der erwerbstätigen Bevölkerung ist vorbehalten, restlos das Geld welches jetzt in seiner ganzen Schwere auftritt, zu durchkosten. Die Verhältnisse werden immer unhaltbarer. Die Papierclappen, welche die Lohnempfänger erhalten, können die notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht mehr befriedigen. Mit einer gewissen Hoffnung wurde auf die neue Regierung geblickt, aber auch hier zeigt sich, daß das Wucher- und Schibboleth nach wie vor die Oberhand hat. Alle Borsenverordnungen, alle Wuchergesetze haben nicht vermocht, diesen Vampyr des Wirtschaftslbens das Handwerk zu legen. Jetzt setzt man wieder seine Hoffnung auf die neue Währung, aber auch hier ruht dieselbe nur auf schwachen Füßen, da Voraussetzung für die Festigkeit der Währung die Schaffung von Wertbeständen ist und man kann auch hier vielleicht wieder das kleine Wörtchen „zu spät“ einfügen. Unsere Industrieerzeugnisse haben den Weltmarktpreis längst überschritten. Die inländischen Erzeugnisse glaubt man nur noch nach dem Goldwert berechnen zu dürfen, jedoch unsere landwirtschaftlichen Produkte eine Höhe erreicht haben, die einfach nicht mehr zu ertragen ist. Überall rechnet man nach Goldmark; ob es ein Kohlkopf, ob es Rohle oder Schmalz ist. Sobald jedoch der Arbeiter die be-

rechtigte Forderung stellt, ihm die Mittel zu gewähren, damit er diese Erzeugnisse, welche er doch notgedrungen zum Lebensunterhalt braucht, kaufen kann, macht sich in Arbeitgeberkreisen eine gewisse Entrüstung bemerkbar. Die Lohnverhandlungen gestalten sich zu einem gegenseitigen Ringen, welches oft Formen annimmt, die den daran Beteiligten geradezu anwidern. Durch die Ueberholung der Weltmarktpreise, durch die Berechnung jeder Produkte nach Goldmark und zuletzt durch die Erhebung der neuen Steuer ist das Absatzgebiet heute wesentlich verkleinert. Die Folgen davon sind: Betriebseinschränkungen, bezw. Stilllegungen und der damit verbundenen größeren Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer glauben nun, den Arbeitern jeden Lohn aufzutropfen zu können. Ganz besonders macht sich dies in Berlin bemerkbar. Während zum B. in Ostpreußen es möglich war, einen Lohn von 7262000 in Württemberg 9000000, — in Westfalen sogar 25000000 zu erzielen, glaubte man im Berliner Holzgewerbe die Arbeiter mit einem geringen Prozentsatz abspenken zu können, sodaß wir jedesmal gezwungen waren, den Schlichtungsausschuß anzurufen und den Antrag auf Rechtsverbindlichkeitserklärung zu stellen, sodaß jetzt zwei Schiedsprüche hintereinander rechtsverbindlich erklärt worden sind. Wie bescheiden die Ansprüche der Berliner Holzarbeiter sind, beweist der Umstand, daß nach dem letzten Schiedspruch der Lohn für die Zeit vom 10.—15. 9. 2843036. — und für die Zeit vom 16.—22. 9. ein solcher von 5686072. — beträgt. Für die Berliner Musikinstrumenten-Industrie gelang es, für die 1. Septemberwoche einen Lohn von 1400000. — für die zweite Woche 3750000. — und für die 3. Woche 6750000. — zu erzielen. Im Frieden betrug der Durchschnittslohn eines Berliner Tischlers 60—80 Pfennig, rechnen wir diese angegebenen Löhne um, dann ergibt sich daraus, daß nach dem Friedenslohn gerechnet, die Berliner Tischlergehilfen heute für 14—17 Pfg. die Stunde arbeiten. Nun wäre dies weiter nicht schlimm, denn wir sind daran gewöhnt, Entbehrungen zu tragen, wenn nur die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel in dem gleichen Verhältnis im Preis ständen. Hier aber muß festgestellt werden, daß dieselben 100—300 Prozent die Friedenspreise überschritten haben. Daraus ergibt sich mit logischer Folgerung, daß durch diese Ungleichheit eine Verelendung der breiten Masse eintreten muß. Es kann daher nur einen Weg geben: entweder sorgt die Regierung dafür, daß gerade die Lebensmittelpreise einen Abbau erfahren oder die Arbeiter erhalten den Lohn, welcher ausreicht, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Der Regierung können diese unhaltbaren Zustände nicht verborgen sein, denn fast täglich werden ihnen diese Zustände durch die Organisationen vor Augen geführt. Betrachtet sie die Warnungen nicht, dann muß sie die Verantwortung für die späteren Folgen übernehmen. Die Organisationen werden nach wie vor bestrebt sein, die Rechte der Arbeiterschaft bis auf das Ueberste zu vertreten.

### An die Verärgerter!

Von Alfred Gieseler-Berlin

Durch weite Kreise unseres Volkes geht eine sichtbare Verärgerung und Mißstimmung. Die Ursachen sind verschiedenartiger Natur. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind verständlicherweise darüber verstimmt, daß ihr Einkommen trotz mehr Papiermark gegenüber der Preisentwicklung immer weiter an Kaufkraft verliert. Der Kaufmann, der kleine Gewerbetreibende, der Industrielle, der Landwirt usw. sind verstimmt über die neuen Steuererfolge. Sie schimpfen auf das neue Kabinett wie die Rohrsträucher und können es anscheinend nicht begreifen, daß ihre Steuerdrückerei endlich einmal aufhören soll. Wer jetzt Gelegenheit hat, mit Vertretern dieser Kreise in Verbindung zu kommen, wundert sich nicht wenig über den vorherrschenden „kommunistischen“ Geist und den geäußerten Radikalismus. Bezeichnend ist, daß die kommunistische Partei sich auch dieser Bedrückten annimmt und in besonders arrangierten Versammlungen über das dem Mittelstand zugefügte Steuerunrecht und damit in Verbindung gegen das Koalitionskabinett losdonnert. Diese Leute saugen aus allen Blüten ihren — Honig und nähren die Unzufriedenheit in ihrem parteipolitischen Interesse. Wer auf diesen Leim kriecht — dem ist eben nicht zu helfen. Diese Mittelständler, denen von derselben politischen Partei wiederholt der Garaus angekündigt wurde,



